

Wenn Vögeln auf Drähten zu warm wird

APG: Netzausbau bei mehr Wind und Sonne ohne Alternative – Gericht entscheidet über Salzburgleitung

Wien/Salzburg – Das Problem ist seit Jahren bekannt; 100-prozentige Sicherheit, dass es bald gelöst sein wird, gibt es noch immer nicht. Die Rede ist vom umstrittenen Lückenschluss des Starkstromrings in Westösterreich.

Die 380-kV-Leitung (Kilovolt), bekannt auch als Salzburgleitung, soll sicherstellen, dass große Mengen Strom aus den Wind- und Solaranlagen in Ostösterreich bei Bedarf zu den großen Speichern im Westen (Tauern) geleitet werden können. Und wenn es umgekehrt

im Osten Österreichs in einer „Dunkelflaute“ (keine Sonne, kein Wind) Stromengpässe gibt, soll quasi auf Knopfdruck elektrische Energie aus den Speicherkraftwerken im Westen Österreichs abgerufen werden können. Je höher der Anteil erneuerbarer und damit volatiler Energien im Gesamtstrommix ist, desto öfter tritt dieser Fall ein, sagen die Fachleute der Austrian Power Grid (APG).

Die staatliche Netzgesellschaft, die für Bau und Betrieb aller 380-kV- sowie vieler 220- und 110-kV-

Leitungen in Österreich zuständig ist, hat die Salzburgleitung vor gut vier Jahren zur Genehmigung eingereicht; im Dezember 2015 gab es erstinstanzlich einen positiven UVP-Bescheid. Damit wurde die Umweltverträglichkeit des Projekts festgestellt.

Jetzt liegt die Causa beim Bundesverwaltungsgericht (BVwG). Ein Richtersenat verhandelt ab Montag die Berufungen gegen den positiven Genehmigungsbescheid des Landes Salzburg in Wien.

Ulrike Baumgartner-Gabitzer und Gerhard Christner, Vorstandsvorsitzende respektive technischer Vorstandsdirektor der APG, verwiesen am Freitag einmal mehr auf den hohen Stellenwert, den das Projekt für die Versorgungssicherheit Österreichs habe. Die 128 km lange Verbindung von St. Peter am Hart (Oberösterreich) zum Netzknoten Tauern bei Kaprun (Salzburg) wird in Summe rund 600 Millionen Euro kosten und soll, sofern es keine weiteren Verzögerungen gibt, spätestens 2023 fertig sein.

Die Salzburgleitung ist das größte Einzelprojekt im Netzentwicklungsplan der APG, der in den nächsten zehn Jahren Investitionen von 2,2 Milliarden Euro

vorsieht. Dazu gehört auch die Sanierung bzw. der teilweise Neubau dreier 220-kV-Leitungen. Diese sind zum Teil 70 Jahre alt und wegen des zuletzt massiv gestiegenen Stromaustauschs zwischen Ost- und Westösterreich entsprechend stark beansprucht.

Den hohen Kosten für den Netzausbau stünden ein deutliches Mehr an Versorgungssicherheit und weniger Ausgaben für derzeit notwendige Netzeingriffe gegenüber. Summierten sich die Kosten für das sogenannte Redispatch im Jahr 2013 noch auf knapp 20 Millionen Euro, waren es 2015, dem bisherigen Rekordjahr, bereits 200 Millionen Euro. Heuer wird dieser Wert voraussichtlich noch übertroffen, zumal allein von Jänner bis Anfang Juli bereits Kosten von 180 Millionen Euro aufgelaufen sind. Die Kosten entstehen so:

Stellt die APG nach Einlangen aller Orders Abweichungen zwischen Produktion und Verbrauch fest, ordnet sie für den darauffolgenden Tag das Anwerfen thermischer Kraftwerke an. Der Strom aus Gaskraftwerken ist zwar deutlich teurer, als ihn Wind- und Solaranlagen produzieren; nichtsdestotrotz ist er für die Stabilisierung der Netze notwendig. (stro)



Foto: AP/Wiltnow

Manche Leitungen fangen zu glühen an, wenn sie zu schwach sind und zu viel Strom durchgeht. Die Gefahr eines Blackouts ist groß.